

Die Macht ökonomischer Gesetze

Geoökonomische Machtpolitik ist auf schnelle Ergebnisse aus, aber Marktmechanismen haben den längeren Atem.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und offene Märkte sind somit der beste Schutzschild für ein Land.

Gastkommentar von Gerald Hosp und Christof Rühl

Die Globalisierung ist martialischer geworden. In seiner ersten Amtszeit als amerikanischer Präsident hat Donald Trump einen Handelskrieg nicht nur gegen China, sondern zunehmend gegen die ökonomische Weltordnung begonnen. In der Rückschau wirken die damaligen Schritte zur Abkehr von einer multilateralen Wirtschafts- und Handelspolitik der USA fast schon konventionell. In den vergangenen Jahren verschränkten sich zudem wirtschaftliche und militärische Kriegsführung zusehends. Der russische Grossangriff auf die Ukraine und der israelisch-amerikanische Krieg gegen Iran sind zusätzlich dadurch geprägt, dass Rohstoffe und ihre Lieferwege als Waffen eingesetzt werden.

Geoökonomie ist ansteckend

Mit dieser Entwicklung ist der Begriff der Geoökonomie allgegenwärtig geworden. Geoökonomie bezeichnet den Einsatz wirtschaftlicher Mittel, um geopolitische Interessen durchzusetzen. Wirtschaftskriege sind ihre aggressivste Spielart: Handelskontrollen, Zölle, Sanktionen bis hin zu physischen Blockaden werden eingesetzt, um geopolitische Ziele zu erreichen. Eine solche wirtschaftliche Kriegsführung kann ein Ersatz für tatsächliche Kriege sein, wenn Staaten die hohen menschlichen und wirtschaftlichen Kosten militärischer Aktionen scheuen. Die jüngsten Konflikte zeigen jedoch, dass sich ökonomische und kriegerische Instrumente ergänzen.

Die Vorstellung einer friedvollen Globalisierung mit Freihandel zum Nutzen aller Länder ist unter Druck geraten. In einer geoökonomischen Welt herrscht die Idee eines Nullsummenspiels vor: Was der eine gewinnt, verliert der andere. Das Paradoxe daran ist, dass es einzig so weit kommen konnte, weil die Globalisierung so erfolgreich war: Nur wirtschaftlich verflochtene Länder geraten in Abhängigkeiten, die sich als Druckmittel nutzen lassen. Der Aufstieg der Geoökonomie erklärt sich auf

den ersten Blick aus der zunehmenden Rivalität zwischen den grossen Mächten, die als Ersatzhandlung ökonomisch abläuft. Hinzu kommt, dass die USA weniger dazu bereit sind, die Kosten ihrer Ordnungsrolle zu tragen. Sie definieren ihre Rolle enger am eigenen Interesse. So strebt die offizielle amerikanische Sicherheitsstrategie Vorrang in der westlichen Hemisphäre und andernorts regionale oder globale Machtgleichgewichte an.

Zugleich sorgen Verteilungskonflikte, Migrationsströme und unerfüllte Wohlfahrtsversprechen dafür, dass die Akzeptanz der Globalisierung in vielen westlichen Ländern sinkt – und der populistische Ruf nach nationalen Lösungen lauter wird. Machtpolitische, geoökonomische Mittel wie Zölle oder Industriepolitik sind hier deckungsgleich mit nationalstaatlichen, wirtschaftspolitischen Reaktionen auf vermeintliche oder tatsächliche Exzesse der Globalisierung. Es entsteht eine Rückkopplung: Was ein Land an vermeintlichen Schutzmassnahmen einführt, provoziert Gegenmassnahmen in anderen. Die Folge ist eine Fragmentierung des Welthandels, die wiederum nach geoökonomischen Massnahmen ruft: ein Teufelskreis.

Geoökonomie ist in diesem Sinne ansteckend. Durch geoökonomische Massnahmen können einzelne Länder, Schlafwandlern gleich, in wirtschaftliche oder tatsächliche Kriege hineinrutschen, in denen nicht nur ökonomische Instrumente verwendet werden, sondern auch kinetisch um wirtschaftliche Güter gekämpft wird. Der Griff zu geoökonomischen Machtprojektionen kann für einzelne Länder sinnvoll und erfolgreich sein, vor allem als Alternative zu einer militärischen Eskalation. Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas oder kritische Mineralien nehmen eine zentrale Rolle ein. Dabei ist den meisten klar, dass das Nullsummenspiel ökonomisch gesehen früher oder später in ein Negativsummenspiel abgleiten wird. Einzelne betroffene Länder wie auch die Weltwirtschaft insgesamt wer-

den langfristig Wohlfahrtsverluste erleiden, wenn die Märkte nach politischen Massgaben eingeschränkt werden oder wenn die Wirtschaftspolitik nur mehr im Zeichen nationaler Sicherheit steht.

Nationale Sicherheit wird dabei leicht zum Universalargument und zu einer Gelegenheit für Interessengruppen, ihre Anliegen mit dem Etikett des Schutzbedürfnisses zu versehen. Im Namen der Sicherheit hebeln die einen Länder ihre Schuldenbremse aus, andere wiederum betreiben Industriepolitik. Geringerer wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen den Ländern schränkt zudem die internationale Arbeitsteilung, die Fähigkeit zu Innovationen und die ökonomische Effizienz ein.

Wirtschaftsräume sichern

Auf lange Sicht aber schwindet die geoökonomische Macht, wenn sie missbraucht oder übernutzt wird. So erweisen sich Märkte in der Regel als widerstandsfähig, Unternehmerinstinkte sind zudem darauf ausgerichtet, die geoökonomischen Instrumente zu unterwandern. Der kanadische Premierminister Mark Carney sprach vom Ausbau der Kooperation zwischen den «mittleren Mächten». Dies kann so weit gehen, neue Wirtschaftsräume zu schaffen, wobei die EU bereits zeigt, dass kleinere und mittlere Länder einen gemeinsamen Binnenmarkt schaffen können.

Auch Netzwerke von bilateralen und plurilateralen Handelsvereinbarungen bieten sich an – besonders für tatsächlich kritische Güter. Die Initiative «Future of Investment and Trade Partnership», der auch die Schweiz angehört, vereint lose kleine und mittelgrosse Volkswirtschaften. Multilaterale Handelsregeln könnten auch mit Ausnahmen für geopolitische Rivalen angereichert werden, um das gesamte System zu retten. Solche Vorschläge sind selbst geoökonomisch, aber ihr Ziel ist nicht der kurzfristige Vorteil auf Kosten anderer. Ihr Ziel ist es, Wirtschaftsräume zu sichern, in denen Handel, Wettbewerb und Arbeitsteilung allen Seiten nützen.

Die Debatte zur Geoökonomie zeigt, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beste Schutzschild für ein Land ist. Eine allzu strategische Wirtschaftspolitik oder das Streben nach Autarkie schwächt die eigene Machtbasis. Solide Staatsfinanzen, Zugang zu internationalen Märkten und eine innovative und produktive Wirtschaft sind weiterhin die Grundlage für Erfolg – auch in einer veränderten Welt. Weniger mächtige Staaten haben einen starken Verbündeten: die Macht der ökonomischen Gesetze. Geoökonomische Machtpolitik ist auf schnelle Ergebnisse aus, aber Marktmechanismen haben den längeren Atem. Deshalb lohnt es sich auch aus geoökonomischer Sicht, politisch nicht in die Überwindung ökonomischer Gesetze zu investieren, sondern in den Schutz offener Märkte.

Gerald Hosp ist der Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li.; **Christof Rühl** ist Senior Research Scholar am Center on Global Energy Policy der Columbia University.

Eine allzu strategische Wirtschaftspolitik oder das Streben nach Autarkie schwächt die eigene Machtbasis.